

Von: [Birgit Menz, MdB](#)
An: antwort@rentenpolitikwatch.de
Thema: AW: RENTENPOLITIK-WATCH bittet um Antwort
Datum: Dienstag, 19. April 2016 14:16:03
Anlagen: [Menz_Antwort_Rentenpolitikwatch.pdf](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Initiative, den Bürger*innen in dieser so wichtigen Frage eine Orientierungs- und Entscheidungshilfe bereitzustellen. Ich unterstütze Ihre Arbeit darum gerne mit meinen Antworten zu den gestellten Fragen (s. Anhang).

Mit freundlichen Grüßen

Birgit Menz

Von: kontakt@rentenpolitikwatch.de [mailto:kontakt@rentenpolitikwatch.de]

Gesendet: Montag, 11. April 2016 11:27

An: Birgit Menz, MdB <birgit.menz@bundestag.de>

Betreff: RENTENPOLITIK-WATCH bittet um Antwort

Frau Birgit Menz
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Betritt: Bitte um Auskunft über Ihre rentenpolitischen Ziele

Sehr geehrte Frau Menz,

Sie sind Abgeordnete des Bundestages bzw. kandidieren zur Bundestagswahl im Herbst 2017.

Ein immer dringender werdendes Problem, das bundespolitisch zu lösen ist, wird die Abwehr von millionenfacher Altersarmut bzw. die Verhinderung der Lebensstandardsenkung für alle heutigen und zukünftigen RentnerInnen sein. Diese Problematik betrifft weit über 90% der Bevölkerung in unserem Land. Es handelt sich also keinesfalls um ein Randproblem.

Um hier Transparenz über die Positionen der Abgeordneten bzw. KandidatInnen zum Bundestag herzustellen und den WählerInnen Entscheidungshilfe zu geben, richten wir die folgenden Fragen an Sie.

Ihre Antworten, oder auch Nichtantworten, werden wir über das Internetportal

www.rentenpolitikwatch.de

veröffentlichen. Folgende Fragen stellen wir Ihnen (es folgt ein kurzgefasster Überblick – eine ausführlichere Erläuterung zu den Fragen erfolgt im Anhang):

1. **Lebensstandard im Alter sichern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?
2. **Altersarmut verhindern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?
3. **Erwerbstätigenversicherung:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen

Beantwortung der „Bitte um Auskunft über die rentenpolitischen Ziele der LINKEN“ von www.rentenpolitikwatch.de vom 10. April 2016

1. **Lebensstandard im Alter sichern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Ja, unbedingt. Mit den Rentenreformen unter der rot-grünen Bundesregierung wurde das Ziel aufgegeben, den Lebensstandard im Alter über die gesetzliche Rente zu sichern und Altersarmut zu vermeiden. Ziel der Politik war es stattdessen, den Beitragssatz nicht über eine bestimmte Grenze steigen zu lassen und so vor allem Unternehmen vor steigenden Lohnnebenkosten zu bewahren. Um dieses Ziel zu erreichen, wird das Rentenniveau, also das Verhältnis der Standardrente zum Durchschnittsentgelt, gekürzt. Im Vergleich zur Jahrtausendwende wird es so bis 2030 um fast 20 Prozent sinken.

DIE LINKE will das Rentenniveau als Sicherungsziel der gesetzlichen Rentenversicherung wieder in den Mittelpunkt der Rentenpolitik rücken. Sie fordert, sämtliche Kürzungen aus der Rentenanpassungsformel zu streichen und ein Sicherungsniveau von mindestens 53 Prozent gesetzlich festzuschreiben. Dies entspricht in etwa der Höhe der Jahrzehnte vor den Kürzungsreformen. Gleichzeitig müssen die Arbeitgeber wieder paritätisch an den Kosten der Alterssicherung beteiligt werden.

(Antrag: *Rentenniveau anheben - Für eine gute, lebensstandardsichernde Rente*, [BT-Drs. 18/6878](#))

2. **Altersarmut verhindern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirk-same Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Ja. Der Schutz vor Altersarmut ist zentral für ein zukunftsweisendes Rentenkonzept. Dazu gehört nicht nur die bereits angesprochene Anhebung des Rentenniveaus, sondern vor allem auch die Stärkung guter Arbeit. Denn gute Arbeit, gute Löhne und gute Rente gehören zusammen. Prekäre Beschäftigung wie Leiharbeit, der Missbrauch von Werkverträgen und befristete Beschäftigungsverhältnisse müssen deshalb eingedämmt und die Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern endlich hergestellt werden. Außerdem wollen wir die Solidarität in der Rentenversicherung stärken: Zeiten niedriger Löhne, der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege müssen deutlich besser abgesichert werden. Zudem fordern wir einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. DIE LINKE will eine steuerfinanzierte, einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto einführen.

(Antrag: *Rentenversicherung stärken und solidarisch ausbauen – Solidarische Mindestrente einführen*, [BT-Drs. 17/8481](#))

3. **Erwerbstätigenversicherung:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Ja. DIE LINKE setzt sich für eine solidarische Rentenversicherung, in die alle zu den gleichen Bedingungen einbezogen sind und die für alle zukunftsfest ist. In diese Solidargemeinschaft gehen alle Erwerbseinkommen, auch die von Selbständigen, Beamt*innen und Politiker*innen. Gerade mit Blick auf die zunehmend prekären Beschäftigungsverhältnisse geht es für Selbständige um eine doppelte Korrektur: Sie dürfen sich der über die Sozialversicherungen organisierten Solidarität nicht entziehen, dürfen aber auch nicht aus den gesetzlichen Sicherungssystemen ausgeschlossen werden. Selbstständige müssen zu akzeptablen Bedingungen Zugang zu allen Leistungen der sozialen Sicherungssysteme haben und einen angemessenen Beitrag ihrer Finanzierung leisten.

(Antrag: *Eine solidarische Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen*, [BT-Drs. 17/10997](#))

4. **Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken:** Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzierung der GRV umgeleitet werden?

Ja. Die gesetzliche Rente muss wieder zum Zentrum der Alterssicherungspolitik werden. Statt Menschen in von vielen gar nicht finanzierbare private Versicherungen zu drängen und diese zu fördern, muss die gesetzliche Rente auf ein stabiles Fundament gestellt werden.

DIE LINKE tritt deshalb für eine transparente und sachgerechte Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung ein. Weil das Rentenpaket, wie etwa die sogenannte „Mütterrente“, ganz überwiegend aus Beiträgen und nicht aus Steuermitteln finanziert wird, werden die Beitragssätze bis zum Jahr 2030 deutlich stärker ansteigen als bisher vorgesehen. Steigende Beitragssätze aber mindern über die Rentenanpassungsformel – also jene komplizierte Formel, nach der festgelegt wird, wie stark die Renten jedes Jahr angehoben werden (Näheres dazu finden Sie zum Beispiel bei der [bpb](#)) – die jährlichen Rentenerhöhungen. Etwa ein Drittel der Kosten des Rentenpakets bezahlen alle Rentner*innen dadurch selbst.

DIE LINKE will Solidarität auch bei der Finanzierung der Rente stärken, indem die Beitragsbemessungsgrenze deutlich an- und perspektivisch aufgehoben und die Rentenhöhe bei hohen Renten abgeflacht wird.

Die LINKE fordert weiterhin, dass die Arbeitgeber wieder paritätisch an den Kosten der Alterssicherung beteiligt werden.

5. **Rentenpolitische Fehler korrigieren:** Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/ Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?

Ja. DIE LINKE im Bundestag war nicht nur die erste Fraktion, die gefordert hat, die Zwangsverrentung abzuschaffen ([BT-Drs. 18/589](#)), sondern sie hat als einzige Fraktion bereits 2012 einen eigenen Vorschlag vorgelegt, wie auf freiwilliger Basis die eingezahlten Beiträge der Riester-Rente in die sichere gesetzliche Rentenversicherung überführt werden sollen ([BT-Drs. 17/12436](#)).

Zur Abschaffung der doppelten Verbeitragung hat DIE LINKE im vergangenen Jahr einen entsprechenden Antrag ([BT-Drs. 18/6364](#)) eingebracht. Die doppelte Verbeitragung von Betriebsrenten ist nichts anderes als eine kalte Enteignung der Betroffenen und deshalb zutiefst ungerecht. Sie gehört abgeschafft.

Auch die Angleichung der Rentenwerte in Ost und West wird von der LINKEN seit Langem gefordert ([BT-Drs. 18/982](#)): Noch immer erhalten bei vergleichbarer Arbeitsdauer und Beitragszahlung die Rentner*innen fast sechs Prozentpunkte weniger Rente als im Westen. Deshalb fordert DIE LINKE, gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus ver.di, der GEW, der EVG, der GdP und der Volkssolidarität, dem Sozialverband Deutschland, der Arbeiterwohlfahrt, dem Beamtenbund und sogar dem Bundeswehrverband, ein klares Stufenmodell, das 2017 abgeschlossen sein soll und das nur zwei Milliarden Euro in zwei Jahren kosten würde. Weil die Bundesregierung nicht mit einer Angleichung der Löhne in Ost und West rechnet, ist auch die Umrechnung der Ostlöhne („Hochwertung“) weiter beizubehalten, bis die Angleichung der Löhne im Osten an den Westen fast erreicht sein wird.

Birgit Menz, MdB DIE LINKE.

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Tel: 030 - 227 73892 | Fax: 030 - 227 76893
E-Mail: birgit.menz@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bremen
Doventorstraße 2 | 28195 Bremen
Tel: 0421-16 53 974 | Fax: 0421-17 89 80
E-Mail: birgit.menz.wk@bundestag.de

<http://www.birgit-menz.de/startseite/aktuelles/>